

### Die Zukunft moderner Gesellschaften: Von der Arbeits- zur Bürgergesellschaft

Biedenkopf, Kurt

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Biedenkopf, K. (1997). Die Zukunft moderner Gesellschaften: Von der Arbeits- zur Bürgergesellschaft. In S. Hradil (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996* (S. 54-71). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-140201>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# Die Zukunft moderner Gesellschaften: Von der Arbeits- zur Bürgergesellschaft

*Kurt Biedenkopf*

Ich fühle mich ausgesprochen geschmeichelt, als Jurist vor Soziologen sprechen zu dürfen, und ich meine das keineswegs ironisch. Ich habe aus dem Vortrag Ihres Vorsitzenden eine Menge Anregungen mitgenommen, will mich aber gleichwohl im wesentlichen von dem Thema leiten lassen, zu dem ich etwas sagen soll: Die Zukunft der modernen Gesellschaft von der Arbeitsgesellschaft zur Bürgergesellschaft.

Erlauben Sie mir trotzdem eine Vorbemerkung: Mir ist beim Studium ihres umfangreichen Programms aufgefallen, daß es auch eine Reihe von Ost-West-Betrachtungen enthält. Ich werde nachher zu dem Thema Arbeitsmarkt auch Ost-West-Vergleiche vortragen, allerdings vor allem deshalb, weil die ostdeutsche Entwicklung keine längeren Zahlenreihen, das heißt keine längeren Entwicklungsbeobachtungen zuläßt. Angesichts des Bruches des Jahres 1989/90 ist die allein aussagefähige Reverenzperiode für das, was uns jetzt hier interessiert, die Zeit von 1990 bis heute. Deshalb sind wir in bezug auf das Studium langfristiger Entwicklungen des Arbeitsmarktes, die in meinen Ausführungen eine wichtige Rolle spielen werden, auf die Zahlen- und Zeitreihen in Westdeutschland angewiesen. Ich schicke das deshalb voraus, weil ich Sie bitten möchte, daraus nicht zu entnehmen, daß ich Ost-West-Vergleiche für notwendig und ausreichend halte. Ich habe häufig den Eindruck, daß wir uns im Rahmen der Ost-West-Vergleiche immer noch in einem geteilten Deutschland bewegen. Und daß wir vor dem Hintergrund der naheliegenden und durch vieles auch gerechtfertigten Ost-West-Vergleiche übersehen, daß z.B. Nord-Süd-Vergleiche in Ostdeutschland oder Nord-Süd-Vergleiche in Westdeutschland außerordentlich interessante Aufschlüsse erlauben, insbesondere auch zu dem Gegenstand Arbeitsmarkt.

Einige von Ihnen wissen vielleicht, daß ich zusammen mit meinem Freund und Partner Meinhard Miegel im Jahr 1977 in Bonn ein Institut gegründet ha-

be, welches sich bis heute mit Fragen insbesondere auch der Entwicklung der sozialen Verhältnisse des Arbeitsmarktes, des Wohnungsbaus, der Staatsverschuldung und ähnlichen Fragen befaßt hat. Miegel und ich sind beide Juristen, aber wir haben uns, wie ich glaube, ein gewisses Basiswissen, sowohl in der Nationalökonomie, als auch – das sage ich jetzt mit sehr viel größerer Behutsamkeit – in Ihrer Wissenschaft angeeignet. Wir haben vor mehreren Jahren einen solchen Nord-Süd-Vergleich in Westdeutschland angestellt, weil wir angeregt waren von der Tatsache, daß jahrelang im Ostfriesischen, also im nordwestlichen Teil von Niedersachsen, eine hohe Arbeitslosigkeit herrschte, während zur gleichen Zeit, über fast 12 Jahre, in Baden-Württemberg eine sehr niedrige Arbeitslosigkeit herrschte, die ökonomischen Verhältnisse aber nicht so unterschiedlich waren, daß man diese Unterschiedlichkeit der Arbeitslosenzahlen und damit auch der Arbeitslosigkeit allein ökonomisch hätte erklären können. Wir haben damals mit großzügiger Unterstützung der Bertelsmann Stiftung eine sehr in die Tiefe gehende empirische Untersuchung angestellt, um eine These zu verifizieren oder zu falsifizieren, von der wir uns haben leiten lassen, nämlich der These, daß die unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnisse bzw. die unterschiedliche Arbeitslosigkeit nicht nur ökonomische, sondern zu einem wesentlichen Teil sozio-kulturelle Ursachen haben müßte. Die Untersuchung hat das bestätigt. Ich kann die Ergebnisse jetzt nicht vortragen, sie sind von der Bertelsmann Stiftung veröffentlicht worden, aber sie haben mir erneut gezeigt – wie im übrigen jetzt vergleichbare, wenn auch nicht in die Tiefe gehende Überprüfungen und Untersuchungen im Gebiet der ehemaligen DDR, z.B. zwischen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern oder auch Brandenburg zeigen –, daß Deutschland insgesamt durch Vielfalt gekennzeichnet ist, und zwar nicht nur durch regionale Vielfalt, sondern auch durch die Vielfalt sozio-kultureller Bedingungen, Traditionen, Einstellungen der Menschen zu ihrer eigenen jeweiligen Region, historischen Einflüssen, die z.B. hier im Freistaat Sachsen eine große Rolle spielen. Was ich daraus als Bitte ableite, ist, daß man bei der weiteren Beschäftigung mit der Entwicklung in ganz Deutschland diese Unterschiedlichkeiten nicht immer wieder oder vor allem auf den Ost-West-Vergleich reduziert. – Aber nun zum Thema.

Von der Arbeitsgesellschaft zur Bürgergesellschaft – man könnte es auch so formulieren, und das wird meine Arbeitsthese für meine folgenden Ausführungen sein: von der Daseinsvorsorge zur verantworteten Freiheit als Grundprinzip. Ich möchte mit dem Sachverhalt beginnen: Sachverhalte in der Arbeitswelt müssen – das hat Ihr Vorsitzender eben sehr einleuchtend begründet – sehr intensiv untersucht werden. Es gibt kaum einen Bereich, in

dem sich jedenfalls die allgemeine öffentliche Debatte, und damit insbesondere auch die politische Debatte, über Arbeitslosigkeit, über den Arbeitsmarkt, über geeignete oder weniger geeignete politische oder gesellschaftliche Maßnahmen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit weniger mit der Entwicklung der Sachverhalte befassen, als dies für den Gegenstand Arbeitsmarkt gesagt werden kann. Sie haben vielleicht gelesen, daß der Freistaat Bayern und der Freistaat Sachsen zu Beginn des letzten Jahres eine Kommission mit dem Auftrag gebildet haben, zwei Dinge zu untersuchen. Das eine ist die Entwicklung des Arbeitsmarktes während der letzten Jahrzehnte, soweit man vergleichbare Daten zurückverfolgen kann, also auch bis zum Jahr 1950. Vorwiegend hat sich allerdings dann die Untersuchung auf die Sozialsysteme und deren Funktion im Zeitraum zwischen 1970 und heute, also rund 25 Jahre, bezogen. Wir haben diese Aufgabe deshalb gestellt, weil wir davon ausgehen, und zwar nicht nur aus historischen, sondern auch aus ganz praktischen Gründen, daß der Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme so eng miteinander verflochten sind, daß selbständige Gestaltungen dieser beiden Gebiete nicht möglich sind, wenn man nicht neue Widersprüchlichkeiten und Ungereimtheiten erzeugen will. Auch darauf werde ich nachher noch zu sprechen kommen. Lassen Sie mich in der gebotenen Kürze einige wenige Erkenntnisse, die sich aus dieser Arbeit entwickelt haben, vortragen – der erste Teil der Untersuchung wird im übrigen demnächst in Bonn vom Vorsitzenden der Kommission an die beiden Länder, vertreten durch ihre Ministerpräsidenten, übergeben und anschließend öffentlich vorgestellt.

Zunächst – wie haben sich wesentliche Indikatoren der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in Westdeutschland in der Zeit von 1970 bis 1995 entwickelt? Wenn ich den Ausgangspunkt 1970 immer gleich 100 setze, dann ist das Bruttoinlandprodukt pro Kopf der Wohnbevölkerung, also unabhängig von der jeweiligen Größe der Wohnbevölkerung, in diesem Zeitraum real von 100 auf etwas über 160 angewachsen. Die Erwerbsfähigen, das heißt diejenigen zwischen 15 und 65 Jahren in von 100 der Wohnbevölkerung sind von 100 auf etwa 107 angewachsen. Die Zahl der Erwerbsfähigen, die eine im wesentlichen demographisch und durch Einwanderung verursachte Veränderung ist, hat also zugenommen. Wobei der Höhepunkt der Entwicklung etwa im Jahr 1985 liegt und seitdem die Zahl der Erwerbsfähigen in von 100 der Wohnbevölkerung wieder leicht rückläufig ist. Ebenfalls zugenommen hat die Zahl der Erwerbspersonen, das sind also diejenigen, die in Arbeit sind oder Arbeit suchen, in von 100 der Wohnbevölkerung von 100 auf etwa 105. Darauf erfolgte ein Anstieg und dann wieder ein leichtes Abklingen zwischen 100 und 110. Was sich verringert hat, ist die Zahl der Erwerbstätigen, also der effektiv

Erwerbstätigen in von 100 der Wohnbevölkerung von 100 auf etwa 95. Also: die Bevölkerung ist gewachsen, der Anteil der Erwerbstätigen ist zurückgegangen, nachdem er zunächst auf etwa 103 bis 104 gestiegen war, aber schon in den 70er Jahren bis Anfang der 80er Jahre unter 100 gesunken und dann wieder angestiegen war. Das eigentlich Aufregende an der Untersuchung ist allerdings die Entwicklung des Arbeitsvolumens pro Kopf der Bevölkerung und der effektiven Jahresarbeitszeit pro Erwerbstätigem. Das Arbeitsvolumen pro Kopf der Wohnbevölkerung, also in Jahresarbeitsstunden, ist von 100 auf 80 gesunken, das heißt die Zahl der Erwerbstätigen ist gestiegen, aber das Arbeitsvolumen ist gesunken. Und die effektive Jahresarbeitszeit pro Erwerbstätigem ist im gleichen Rhythmus auf etwas unter 80 gesunken. Die Schlußfolgerung, die sich daraus ergibt – und die ist nun für unser gesamtes Problem von großer Bedeutung –, lautet: Heute wäre es möglich, das Bruttoinlandprodukt von 1970 mit der Hälfte des Arbeitsvolumens zu erzeugen. Mit anderen Worten, wir haben eine dramatische Steigerung der Produktivität, wesentlich stärker als der durch Angebot und Nachfrage determinierte Umfang des Bruttoinlandprodukts.

Das muß Auswirkungen haben auf die Struktur des Arbeitsmarktes – offensichtlich; denn wenn ich mehr Leute im Arbeitsmarkt habe, die erwerbstätig sind, aber das Arbeitsvolumen gesunken ist, dann muß das Folgen haben. Und in der Tat, die Folgen sind außerordentlich eindrucksvoll. Wenn man alle abhängig Beschäftigten zusammenfaßt und sie gleich 100 setzt, dann kann man nun diesen Gesamtblock in die verschiedenen Formen von Beschäftigung unterteilen. Geht man von dem sogenannten Normalarbeitsverhältnis aus, das ist also die volle Arbeitswoche, ursprünglich 40 Stunden, jetzt je nach tarifvertraglicher Lage zwischen 38 und 36 Stunden, und betrachtet den Anteil der Normarbeitsverhältnisse, also der abhängig Beschäftigten in einem Vollzeitarbeitsverhältnis, das auf Dauer angelegt ist, und betrachtet den Anteil an den insgesamt Beschäftigten, so zeigt sich, daß von 1970 bis 1995 dieser Anteil von 83% aller Beschäftigten auf 68% sinkt. Und zwar relativ linear, mit geringfügigen Unterbrechungen, es gibt keine nennenswerten Ausschläge.

Mit anderen Worten, im Gesamtarbeitsmarkt geht das eigentlich als Arbeitsverhältnis typischerweise vorgestellte Normarbeitsverhältnis anteilmäßig ständig zurück. Alles spricht dafür, daß dieser Prozeß weitergeht. Das heißt, daß die Anzahl der Vollzeitarbeitsverhältnisse auch in der Zukunft weiter absinken wird. Die befristeten Arbeitsverhältnisse verhalten sich relativ stabil, ihr Anteil war 1970 nicht viel anders als 1995. Die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung wächst nachhaltig auf etwa 10% aller Beschäftigten und die ausschließlich geringfügig Beschäftigten auf 13% der Beschäftigten

an. Das ist die dramatische Veränderung seit den 70er Jahren. Wir haben also als Tatbestand festzustellen, daß der Arbeitsmarkt sich mit beachtlicher Geschwindigkeit fragmentarisiert. Und ein immer größerer Teil der Beschäftigten hat kein Normarbeitsverhältnis mehr, sondern Teilzeittätigkeit, Scheinselbständigkeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Leiharbeit, vor allem haben wir es zu tun mit eben geringfügig Beschäftigten und sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten.

Interessant ist, daß in Ostdeutschland, nachdem sich der Arbeitsmarkt von dem tiefen Einbruch 1991 erholt hat, die Prozente fast dieselben sind. Während in Westdeutschland die Zahl der Normarbeitsverhältnisse 68% von der Gesamtheit ausmacht, sind es in Ostdeutschland 71%, die befristeten Beschäftigten in Westdeutschland 5%, in Ostdeutschland 7%, die sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten in Ostdeutschland 10%, in Westdeutschland 8% und die ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Westdeutschland 13%, in Ostdeutschland 7%. Wir haben also in Ostdeutschland noch eine etwas geringere Fragmentarisierung als in Westdeutschland. Aber die Fragmentarisierung ist in beiden Teilen Deutschlands fast gleich, vor allem, was das Ergebnis 1995 angeht. Die erwerbsfähigen Anteile in West- und Ostdeutschland entwickeln sich relativ parallel, während sich natürlich die Erwerbspersonenanteile ganz unterschiedlich entwickelt haben. In Ostdeutschland betrug 1985 bis 1990 der von 100-Satz der Erwerbspersonen gemessen an der Wohnbevölkerung fast 59% – eine in Westdeutschland nie erreichte Höhe, was mit der aus wirtschaftlichen, aber auch aus ideologischen Gründen bedingten fast völligen Ausschöpfung des Potentials der arbeitsfähigen Bevölkerung zu tun hatte. In Westdeutschland lag die Spitze des Erwerbspersonenanteils an der gesamten Wohnbevölkerung bei etwas über 48%, also fast 10% weniger. Inzwischen haben sich allerdings diese Anteile einander wesentlich angenähert. In Ostdeutschland sind es noch etwas über 50%, in Westdeutschland sind es derzeit 46%.

Besonders interessant an dieser Entwicklung, in Westdeutschland wieder über die längere Zeit, nämlich von 1960 bis heute, ist ein Umschichtungsprozeß zwischen der Beschäftigung von Männern und Frauen. Er weist nicht ganz das aus, Herr Prof. Hradil, was Sie vorhin über die Zurückdrängung der Frauen gesagt haben: Im Jahr 1960 waren 95% der männlichen Erwerbsfähigen auch Erwerbspersonen, das heißt, sie waren beschäftigt oder suchten Arbeit. Im Gegensatz dazu waren es bei den Frauen 48%. Heute sind es bei den Männern 78% und bei den Frauen fast 60%. Das heißt, der Anteil der Frauen an der Gesamtbeschäftigung ist in den letzten 30 Jahren ständig gestiegen, und der Anteil der beschäftigten Männer an der männlichen erwerbsfähigen

Bevölkerung ist ständig zurückgegangen. Und wenn man dies im einzelnen untersucht, dann vollzieht sich hier ein interessanter Ausgleichsprozeß, vor allen Dingen in Westdeutschland. Ein Ausgleichsprozeß, der durchaus auch zu einer Annäherung der Beschäftigungsquoten von Männern und Frauen, im übrigen in Westdeutschland auch einer Annäherung der Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen, führt, während in Ostdeutschland die Differenz zwischen den männlichen und weiblichen Arbeitslosenquoten noch sehr signifikant ist.

Die Zeit verbietet es jetzt, im einzelnen zu untersuchen, was hier passiert ist. Einige Grundveränderungen lassen sich allerdings ohne große Schwierigkeiten dingfest machen. Vor allem zwei Faktoren haben in den letzten 30 Jahren auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes in Deutschland eingewirkt: die Verkürzung der Lebensarbeitszeit und die demographische Entwicklung. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist sehr eindeutig ablesbar, wenn man die Entwicklung der Beschäftigung und der Arbeitslosen von 1960 bis heute nach den verschiedenen Altersgruppen aufgliedert. Während in den mittleren Altersgruppen, von 25 bis 55, kaum Divergenzen zwischen den einzelnen Gruppen bestehen, steigt die Arbeitslosigkeit der Älteren rapide an. Gleichzeitig schwindet aber der Anteil der Beschäftigten in den älteren und in den jungen Gruppen, also 15 bis 19 und über 55 Jahre, an der erwerbsfähigen Bevölkerung dramatisch. Und das hat damit zu tun, daß sich heute der wesentliche Teil der bis 20jährigen in irgend einer Ausbildung befindet, also dem Arbeitsmarkt noch nicht uneingeschränkt zu Verfügung steht – eine wesentliche Veränderung zu den 60er und 70er Jahren –, und daß wir den Renteneintritt sukzessive vorgezogen haben, so daß heute der wesentliche Teil der Bevölkerung zwischen 20 und 60, und nicht zwischen 15 und 65 arbeitet.

Wir haben also eine ständige Verkürzung der Lebens- und Jahresarbeitszeit, durch Verkürzung der Wochenarbeitszeit, durch Ausdehnung des Jahresurlaubs von ursprünglich 14 Tagen auf sechs Wochen in den letzten 30 Jahren. Das ist selbstverständlich nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorübergegangen. Ich möchte Sie hier nicht weiter mit Daten langweilen, sondern eigentlich nur neugierig machen auf den Datenbestand, der in wenigen Tagen zur Verfügung stehen wird, weil ich glaube, daß die Vorlage dieses Datenbestandes eine sehr intensive und wahrscheinlich zum Teil auch aggressive Diskussion auslösen wird. Und zwar wird die Diskussion nach meiner Überzeugung auch deshalb nach dem Verdauen der Daten aggressiv werden, weil eine ganze Reihe von gepflegten Klischees über den Arbeitsmarkt, seine Entwicklung und vor allen Dingen auch die für die Steuerung oder Beeinflussung des Arbeitsmarktes geeigneten politischen Maßnahmen sich als fehlerhaft erweisen wird. Und es gilt

für alle, für Politiker wie Wissenschaftler, daß sie sich ungern von eingeübten Erfahrungssätzen trennen. Und daß deshalb zunächst einmal – und das ist ja auch durchaus willkommen – gegen solche Daten Widerstand geleistet wird, der dann umgekehrt diejenigen, die die Daten vorlegen, zu besonders sorgfältiger und tiefergehender Begründung veranlaßt.

Was hat sich denn geändert, was hat diese Entwicklung mit bewirkt? Ich kann das keineswegs erschöpfend aufzählen, ich will nur wenige Faktoren erwähnen: u.a. offensichtlich die technisch-naturwissenschaftliche Entwicklung. Diese Entwicklung hat uns in die Lage versetzt, die Produktivität der menschlichen Arbeit enorm zu steigern, und das ist auch geschehen. Wenn man heute z.B. die Kosten für die Substituierung menschlicher Arbeit durch Roboter oder CD-gesteuerte Maschinen und ähnliches mit den Kosten der Substituierung menschlicher Arbeit durch Roboter vor 20 oder 30 Jahren vergleicht, wird man feststellen, daß eine dramatische Kostendegression bei gleichzeitiger dramatischer Steigerung der Fähigkeiten stattgefunden hat, wie im übrigen in allen Bereichen der Mikroelektronik. Das heißt, die Substituierung auch qualifizierter Arbeit wird immer billiger, so daß das Argument, die Löhne allein hätten die Substituierung bewirkt, so nicht stimmt. Zweifellos hat der Preis für Arbeit einen Beitrag geleistet, aber es ist keineswegs der einzige. Selbst wenn die Löhne sich nicht mehr ändern würden, würde aufgrund der weiteren rasanten Entwicklung der Steuerungstechnik, der Mikroelektronik, die Relation zwischen den konstanten Arbeitskosten pro Produktionseinheit und den Kosten, die es verursacht, wenn man vergleichbare Produktionseinheiten automatisiert, immer günstiger für die zweite Alternative werden. Das heißt, man muß diese beiden Wirkungen durchaus auseinanderhalten. Ein zweiter, ganz entscheidender Faktor ist die demographische Entwicklung, ich habe darauf schon hingewiesen. Ich habe ebenfalls hingewiesen auf die Veränderung der Lebensarbeitszeit.

Wichtig sind mir die weiteren Faktoren, die man unter sozio-kulturellen Faktoren zusammenfassen könnte: einmal die Individualisierung, von der schon die Rede war, aber vor allen Dingen die Veränderung der Erwerbsneigung. Beides hängt im übrigen eng miteinander zusammen. In dem Maße, in dem die Gesellschaft sich individualisiert, was ja für Frauen wie für Männer gilt, wächst auch aus der individuelleren Rolle oder Stellung des einzelnen der Wunsch nach eigenständigem Einkommen, nach Auflösung von Abhängigkeiten, die sich aus Familienverbänden oder anderen Verbänden ergeben, in denen Einkommen verteilt werden und vor allen Dingen auch das Interesse, insbesondere der Frauen, an eigenständiger sozialer Absicherung. Während die gesamte Arbeitswelt in den 50er und 60er Jahren in Deutschland noch

selbstverständlich davon ausging, daß die Frau ein abgeleitetes Alterseinkommen hat – einer Annahme, die auf einer hohen Stabilität der Ehe beruhte –, ist für diese Annahme schon aus diesem Grund die Geschäftsgrundlage entfallen, von allen anderen Veränderungen der Wertvorstellungen, die insgesamt unter der Überschrift Individualisierung zusammengefaßt werden, einmal ganz abgesehen. Es zeigt sich bei der Analyse der Entwicklung, daß sicherlich auch staatliche Maßnahmen im Bereich von Wirtschafts- und Arbeitsmarkt Einfluß auf die Entwicklung gehabt haben. Nur – dieser Einfluß ist sehr viel geringer, als allgemein angenommen wird. Wenn man z.B. die Wachstums- und Beschäftigungspolitik der letzten 30 Jahre betrachtet, also angefangen bei den frühen Rezessionen und dann sowohl unter sozialdemokratischer wie unter christdemokratischer Regierungsverantwortung, und sie korreliert mit der Entwicklung des Wachstums der Beschäftigung, dann stellt man fest, daß die Maßnahmen nur sehr geringe Auswirkungen auf die mittelfristigen Verläufe der Entwicklungen hatten. Es ist also sehr wichtig, auch gerade für die Zukunftsfragen, von denen Ihr Vorsitzender vorhin gesprochen hat und deren Beantwortung sicherlich zu Recht auch von Ihrer Wissenschaft verlangt wird, sich vor Augen zu führen, daß ein wesentlicher Teil dessen, was heute fast mit der Behauptung einer direkten Kausalität zwischen staatlichem Handeln und Veränderungen im Arbeitsmarkt vorgetragen wird, so nicht hält, was es verspricht. Diese Grenzen politischer Beeinflussung führen auch dazu, daß immer wieder Frustration auftritt, daß die Leute das Gefühl haben, die Politik tue nicht genug. Sie kann auf eine hochgradig individualisierte Gesellschaft und deren wirtschaftliches Verhalten nur in engen Grenzen einwirken. Ich möchte diese Faktoren kurz vertiefen, wobei ich wieder mit der Demographie beginne.

Für notwendig halte ich in diesem Zusammenhang Untersuchungen zu folgenden Fragen: Erstens: Wie verändert die demographische Entwicklung das Verbraucherverhalten? Wir müssen davon ausgehen, daß die Deutschen im kommenden Jahrzehnt ein Durchschnittsalter von 50 Jahren erreichen. Die Vorstellung, man könne die in diesem Durchschnittsalter zum Ausdruck kommenden demographischen Defizite durch Zuwanderung ausgleichen, halte ich für illusionär. Wir haben einmal versucht nachzurechnen, wie groß die Zuwanderung sein müßte, damit sie die demographischen Defizite, die in den letzten Jahren Grund gelegt wurden und die insbesondere nach dem Jahre 2010 mit aller Dramatik offenbar werden, ausgleichen können. Geht man davon aus, daß sich einwandernde Bevölkerungen, also große Zahlen von Einwanderern weniger in den ländlichen Regionen niederlassen, sondern vorwiegend in den Städten und dort insbesondere wieder in den größeren Städten –

eine Erfahrung, die man, glaube ich, in jedem Einwanderungsland machen kann –, dann würde die Einwanderung einer ausreichenden Zahl von Menschen zum Ausgleich der demographischen Defizite dazu führen, daß in unseren Großstädten eine Ausländerbevölkerung von zwischen 40 und 50% leben würde. Der Umfang der Einwanderung ist also sehr viel größer, als nach Auffassung jedenfalls aller, mit denen ich darüber diskutieren kann, die voraussichtliche Integrationsfähigkeit der jetzt bestehenden Gesellschaft. Das heißt, sie muß sich grundlegend verändern. Ob man das will oder nicht, ist nicht nur eine ökonomische, es ist auch eine kulturelle und politische Frage. Man kann das wollen, man muß nur wissen, was es bedeutet. Man kann also nicht die Einwanderung als einen Problemlöser anbieten, ohne darüber Auskunft zu geben, welche Konsequenzen eben für Differenz und Integration eine Einwanderung in solchen Dimensionen in einem sehr dicht besiedelten Land wie der Bundesrepublik Deutschland auf die Gesamtstruktur der Bevölkerung und ihre kulturelle und geistige Identität haben würde.

Die zweite Frage, die mit der demographischen Entwicklung in fast drängender Weise verbunden ist, ist die Frage nach der Innovationsfähigkeit einer alternden Bevölkerung. Wir gehen ja fast völlig selbstverständlich davon aus, und zu Recht, daß die Aufrechterhaltung unseres Lebensstandards eine wesentlich größere Innovationsleistung voraussetzt. Wir richten diese Feststellung an unsere Bildungseinrichtungen, an die Universitäten, die Hochschulen, die Allgemeinbildung, vor allem auch die weiterführende Bildung. Wir überlegen, wie sabbaticals organisiert werden können, wie man die Fortführung von Einkommen sichern kann, wenn sich Arbeitnehmer, gleich welcher Qualifikationsebene, für längere Zeit zurückziehen, um gewissermaßen ihren Wissensstand wieder auf das laufende zu bringen oder aufzutanken. Dafür gibt es sehr interessante Lösungsvorschläge, die auch praktikabel sind. Aber wir stellen uns nicht die Frage, in welchem Umfang eine alternde Bevölkerung neugierig ist. In welchem Umfang ist eine alternde Bevölkerung zukunftsorientiert? Muß ich davon ausgehen, daß auch eine Bevölkerung mit einem Durchschnittsalter von 50 Jahren im wesentlichen Zukunft gestaltet? Und selbst wenn ich das annehme, wo hört diese Bereitschaft, zukunftsorientiert zu denken, zu arbeiten, und sich auch der mit Veränderung verbundenen Unbequemlichkeiten zu unterwerfen, in Erkenntnis der Notwendigkeit, daß nur diese Veränderungen zukunftsichernd sein können, auf? Beim 60jährigen, beim 62jährigen? Im Jahre 2025 bis 2030 wird jeder dritte Deutsche 60 Jahre oder älter sein. Das heißt, wir haben möglicherweise eine völlige Veränderung der Einstellungsstrukturen, der Einstellungsarten der Bevölkerung zu Innovation und zukunftsorientierten Veränderungen. Das könnte bedeuten, daß die

Reformbereitschaft der Bevölkerung abnimmt. Daß also die Bereitschaft, demokratische Regierungen, die Reformvorhaben mehrheitsfähig machen wollen, zu wählen, zurückgeht. Und ich kann Ihnen versichern – das kann ich, glaube ich, aus meiner politischen Erfahrung der letzten 25 Jahre sagen –, wenn solche Rückgänge zu vermuten sind, dann stellt sich jedenfalls der überwiegende Teil der Politiker, die gewählt werden wollen, darauf ein. Es ist also vollkommen normal, wenn Sie davon ausgehen, daß wir es mit Berufspolitikern zu tun haben und daß über die Fortsetzung ihrer beruflichen Tätigkeit durch Wahlen entschieden wird, dann können Sie gerade als Soziologen nicht annehmen, daß es zwischen dieser in die Zukunft gerichteten Berufsperspektive und der Entscheidung der Wähler keinerlei von den Betroffenen nachvollzogene Zusammenhänge geben kann. Sondern sie reagieren selbstverständlich, und das ist ja auch ein Sinn demokratischer Abstimmung, auf den Volkswillen. Und wenn der Volkswille eher gegenwarts- oder sogar vergangenheitsbezogen ist, dann reagieren sie eben auch darauf.

Eine weitere dramatische Veränderung, mit der wir es zu tun haben, ist die Umkehr des bisherigen Knappheitsverhältnisses zwischen qualifizierter Arbeit auf der einen Seite und mit Kapital verbundenem Wissen auf der anderen Seite. Es war schon in den bisherigen Vorträgen mehrfach von der Globalisierung die Rede. Ich muß gestehen, daß ich mit dieser Erklärung Schwierigkeiten habe. Denn globalisiert waren wir auch vor der Wende. Seitdem wir mit Raumkapseln um die Erde fliegen und sogar zum Mond fliegen können, war zumindest allen, die sehen wollten, schon aus den Bildern deutlich, daß wir auf einer Erde wohnen, daß es ein begrenztes Territorium ist, und daß dieses Territorium alle Bekannten umfaßt. Es gab keine unbekanntes Gegenden – die gibt es auch nicht. Was sich geändert hat, ist etwas ganz anderes. Ein Teil dieser immer existenten globalen Situation war durch die bipolare Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltmächten so gebunden, daß sie dem Westen nicht gefährlich werden konnte. Die Sowjetunion, China und die sogenannten Ostblockstaaten traten nicht als Konkurrenten auf. Sie waren ideologisch und durch die Teilung der Erde an Konkurrenzverhältnissen gehindert. Und jeder, der vor der Wende hier in der DDR gelebt hat, weiß, wie effizient diese Hinderung war. Und wie gering die Möglichkeiten, sich im wettbewerbsorientierten Weltmarkt der sogenannten westlichen Welt zu erproben.

Im übrigen – einer der Gründe für den dramatischen Zusammenbruch nach der Öffnung von Mauer und Stacheldraht, schon vor der formalen Wiedervereinigung im Sommer, nämlich 1990 bei der Herstellung der Wirtschafts- und Währungsunion, war, daß die Menschen hier plötzlich die Erfahrung machen mußten, daß sie nicht mehr wie im Comecon-System

leistungsmäßig die besten waren, sondern jetzt, weil sie nie die Möglichkeit hatten, sich am Weltmarkt und Weltwettbewerb zu orientieren, plötzlich feststellten, daß vieles von dem, was sie konnten, im neuen Markt nicht nachgefragt wurde. Einschließlich von ihnen selbst, das heißt, sie selbst haben ihre eigenen Produkte nicht weiter nachgefragt. Und bis man diesen Zusammenhang begriffen hatte – ein sehr schmerzhafter Erkenntnisprozeß, in dem immer wieder die Frage gestellt wurde »Ja, war denn alles, was wir bisher gemacht haben, wertlos?« –, dauerte es eine ganze Weile, und ganz ist das immer noch nicht überwunden.

Aber das, was wir heute unter Globalität oder Globalisierung verstehen, ist das Hinzutreten der bisher durch die Teilung der Erde gebundenen neuen Industrienationen in den weltweiten Wettbewerb. Mit diesen neuen Industrienationen vermehrt sich das Angebot an qualifizierter Arbeit schlagartig. Die bisherige mehr oder weniger monopolartige oder jedenfalls vorherrschende Position des alten Westens, die aus der Kombination von qualifizierter Arbeit, Kapital und hochentwickeltem Wissen resultierte, ist nicht mehr gültig. Das ist das, was wir als Globalisierung erleben. Ein zumindest relativer Verlust unserer westlichen Vorrangstellung in bezug auf den Rest der Welt, von dem aber der wesentliche als potentieller Wettbewerber in Frage kommende Rest der Welt bislang nicht auftreten konnte aber jetzt auftritt. Die Folge ist, daß das Kapital relativ knapper ist und die qualifizierte Arbeit relativ reichlicher angeboten wird. Das Kapital ist deshalb knapper, weil die Expansionsbedürfnisse und die Aufbaubedürfnisse in den großen neuen Industrienationen China, Indien, Indonesien, Malaysia, um die wichtigsten zu nennen, enorm ist, das verfügbare Kapital aber nicht so schnell vermehrbar ist, daß man ohne Veränderung der Relationen zwischen beiden, beides weiter gleichmäßig entwickeln kann. Die Folge dieser Veränderung ist ganz offensichtlich: Die Bedeutung des Einkommens aus Kapital am Gesamteinkommen, der Anteil des Einkommens aus Kapital am Gesamteinkommen der Privathaushalte der Bundesrepublik Deutschland wächst, der Anteil der Arbeitseinkommen sinkt.

Wir haben also in Relation zur abnehmenden Arbeitsmenge und zur Fragmentarisierung des Arbeitsmarktes auch eine sich durchaus beschleunigende Verschiebung der Einkommensarten der beiden wichtigsten, Vermögens- und Arbeitseinkommen. Noch ist das Vermögenseinkommen höher als das Arbeitseinkommen, aber die Lücke hat sich schon nachhaltig geschlossen. Vor wenigen Jahren lag das Arbeitseinkommen bei weit über 50% und das Kapitaleinkommen bei knapp 25%, heute ist das Arbeitseinkommen auf etwa 45% gesunken und das Kapitaleinkommen auf über 30% anteilmäßig gestiegen, wenn ich mal von den Transfereinkommen absehe, die nach anderen Ge-

sichtspunkten zugeordnet sind. Das hat für die sozialen Systeme unserer zukünftigen Gesellschaft dramatische Konsequenzen. Wenn es richtig ist, daß die insgesamt erbrachte Arbeitsmenge rückläufig ist, was nicht gleichbedeutend ist mit der Anzahl der Beschäftigten, dann bedeutet das, daß die durch Beiträge belastbaren Arbeitsstunden pro Jahr zurückgehen. Denn die Beiträge werden ja nicht von den arbeitenden Personen nach Personen berechnet, sondern nach geleisteten Arbeitsstunden. Weswegen eben die im geringfügigen Beschäftigungsverhältnis Stehenden überhaupt keine Beiträge zahlen. Der Sockel, auf dem beitragsfinanzierte Systeme stehen, schrumpft. Die Last, die insbesondere in der Rentenversicherung finanziert werden muß, wächst. Und der Zeitpunkt ist absehbar, wo der Sockel Arbeit diese Last allein nicht mehr tragen kann. Das ist der Grund dafür, warum die Neuordnung der sozialen Systeme und insbesondere der Alterssicherungssysteme von überragender Bedeutung ist.

Und hier muß man schon auch etwas Kritisches sagen. Man braucht nach den Erkenntnissen, die mir zur Verfügung stehen, für die Umgestaltung eines Alterssicherungssystems, wenn sie ohne Brüche erfolgen soll, etwa 25 Jahre. Wir, Reinhard Miegel und ich, haben Mitte der 80er Jahre Vorschläge gemacht. Ob man diesen Vorschlägen folgt oder nicht, das steht jetzt hier gar nicht zur Debatte, sondern das Entscheidende ist, wir haben hinzugefügt, daß wir 25 Jahre brauchen, bis zum Jahre 2010, weil nach dem Jahre 2010 die demographische Entwicklung schnell an Dramatik zunimmt. Das heißt, man müßte bis dahin mehr oder weniger fertig sein. Diesen Zeitraum bis 2010 kann man nicht beliebig verschieben, auch nicht durch Zuwanderung. Ganz davon abgesehen, daß die Zuwanderung sich ja dann auf arbeitsfähige Frauen und Männer beziehen müßte, und da sie auch Eltern haben, werden sie Wert darauf legen, daß ihre Beiträge für ihre Eltern verwendet werden. Also die Vorstellung, man könne gewissermaßen die Emigranten ohne ihre Eltern gewinnen, damit die Beiträge nun für diejenigen in Deutschland zur Verfügung stehen, die nicht für ausreichenden Nachwuchs gesorgt haben, ist ebenfalls eine Illusion. Hier würden dann außerordentlich problematische und durch die unterschiedlichen kulturellen und ethnischen Herkunftselemente noch weiter angeheizte politische Spannungen entstehen, wenn man diesen Versuch der Expropriation der Eltern der Einwanderer zugunsten derer unternehmen würde, die in Deutschland auf zusätzliche Beiträge zur Finanzierung einer lebensstanderhaltenden Rente angewiesen wären. Das wird nicht funktionieren.

Tatsächlich muß man, wenn man die Sozialsysteme verändert, davon ausgehen, daß die Basis, auf der die Last ruht, erweitert werden muß – durchaus vergleichbar mit der gegenwärtigen Diskussion über die Steuerreform. Diese

Basiserweiterung ist nur sinnvoll, wenn sie neben den Arbeitseinkommen die Kapitaleinkommen umfaßt. Wenn also sowohl die Einkommen aus Vermögen wie auch die Einkommen aus Arbeit Grundlage für die Sicherheit im Alter werden. Und das geht zu einem wesentlichen Teil, wenn man es ganz praktisch betrachtet – und darüber besteht inzwischen auch zwischen den beiden großen Volksparteien zumindest im Inneren weitgehender Konsens –, dies geht nur, wenn man für diesen Zweck auch indirekte Steuern einsetzt. Und nicht nur die direkten. Diese Veränderung bedeutet aber, daß wir den Arbeitsmarkt nur dann sinnvoll weiterentwickeln können, wenn wir einen grundsätzlichen Schritt vornehmen.

Diesen grundsätzlichen Schritt habe ich 1984 zum ersten Mal zu beschreiben versucht, ich habe ihn damals die Trennung von Arbeits- und Sozialverhältnis genannt. Der historische Zusammenhang zwischen Arbeitsverhältnis und Sozialverhältnis, begründet durch die Bismarck-Lassalleschen Sozialreformen, funktioniert nicht mehr. Er beruhte auf ganz bestimmten soziologischen, also soziokulturellen Bedingungen. Diese Bedingungen existieren nicht mehr. Hinzu kommt, daß der jetzt gewählte Weg, nämlich die Rentenleistungen langsam zu reduzieren, zu einem neuen großen Dilemma führt. Und zwar zu dem Dilemma, daß alle, die am fragmentarisierten Arbeitsmarkt teilhaben, ohne eine Vollzeittätigkeit zu haben, und das ist inzwischen ein Drittel der Beschäftigten, durch die Tätigkeiten, die sie ausüben, keinen Alterssicherungsanspruch mehr erwerben können, von dem sie leben können. Das heißt, ich muß zumindest für dieses Drittel heute – und das Drittel wird nach meiner Auffassung zunehmen – ein steuerfinanziertes System anbieten. Denn ich kann ganz unmöglich das Zwei-Drittel-Normarbeitszeitverhältnis auch für die Finanzierung der Alterseinkommen des einen Drittels derjenigen heranziehen, die keine ausreichenden Ansprüche an die Rentenkasse mehr erwerben können, weil sie entweder überhaupt keine Beiträge zahlen oder sehr wenig.

Das ist ein Element. Ein weiteres Element ist das nach wie vor vollkommen ungelöste Problem, wie in der Alterssicherung der Beitrag zur Zukunft der Gesellschaft selbst, also Kinder haben und großziehen, bewertet wird. Es gehört zu den Absurditäten der modernen Industriegesellschaft, so wie sie sich in Deutschland entwickelt hat, daß eine der wichtigsten gesellschaftlichen Leistungen, nämlich das Schaffen der Voraussetzungen dafür, daß es zukünftige Generationen gibt, die mit dem angesammelten Kapital wirtschaften und damit auch Erträge erwirtschaften können, so gut wie überhaupt nicht gewertet wird. Weder in der Gegenwart, noch in der sozialen Stellung der Beteiligten, noch von der Gesellschaft insgesamt, was die Einstellung zu Kindern angeht, noch insbesondere bei den Alterssicherungssystemen. Die gleichwertige Be-

wertung von Erwerbsarbeit im bisherigen Sinne als Vollzeitarbeitsverhältnis, und gesellschaftlicher Tätigkeiten, die, davon bin ich überzeugt, in Zukunft eine wachsende Bedeutung haben werden – im übrigen auch als Ort und System sozialer Vernetzung und damit der Gemeinschaftsbildung –, läßt sich überhaupt nur vornehmen, wenn man das Sozialverhältnis vom Erwerbsarbeitsverhältnis löst – und auch denjenigen, die solche gesellschaftlich unverzichtbaren Tätigkeiten anbieten, jedenfalls in einer Gesellschaft, die Zukunft haben will, eine gleiche Sicherheit und damit auch eine gleiche Chance zur Individualität bietet, wie dem vollzeitbeschäftigten Single. Davon sind wir aber weit entfernt.

Die jetzige Anerkennung, die man der Frau, die drei Kinder großzieht, über das Rentensystem zollt, ist dreimal 37 Mark im Monat. Man kann nicht behaupten, daß das auch nur ein Echo einer Anerkennung der damit verbundenen Leistung nicht nur für die Familie selbst, sondern auch für die Gemeinschaft ist. Und es wird immer kritischer werden, daß etwa 40% der gegenwärtigen Bevölkerung im familienbildenden oder -gestaltenden Alter, also der Bevölkerung im Alter meiner Kinder von 40 bis 29, im Alter keine direkten Angehörigen haben werden. Aber es wird selbstverständlich erwartet, daß die nachwachsenden Generationen den Generationenvertrag einlösen, den sie ja mit ihrem eigenen Verhalten – was ich überhaupt nicht bewerte, sondern nur feststelle – nicht weitergeführt haben; daran führt kein Weg vorbei, auch wenn man solche Fakten wertmäßig zur Kenntnis nimmt, und nicht einfach als Fakten. Die klassischen Maßnahmen auf dem Arbeitsmarkt, das habe ich schon gesagt, sind relativ wirkungslos. Die Frage ist, sind sie nicht umfassend genug? Muß man nicht mehr tun? Muß man nicht insbesondere den Arbeitsmarkt europaweit gestalten?

Sie kennen die derzeit geführte Diskussion im Zusammenhang mit der Währungsunion, ob nicht auch ein beschäftigungspolitischer Auftrag an Europa gegeben werden muß. Ich möchte diese Gelegenheit auch nutzen, um vor solchen Vorstellungen zu warnen. Eine einheitliche Arbeitsmarktpolitik in Europa ist undurchführbar. Sie würde zu riesigen Transfersystemen führen, deren Wirkung weit hinter den Dimensionen der Transferleistungen zurückbliebe, falls sie überhaupt irgendwelche Wirkungen entfaltet. Tatsache ist, daß wir für die Lösung der Arbeitsmarktprobleme und damit auch für den Übergang von der Arbeitsgesellschaft in die Bürgergesellschaft zwingend den regionalen Ansatz wählen müssen. Wir haben diesen regionalen Ansatz im Freistaat Sachsen in völliger Übereinstimmung mit den Gewerkschaften und den Arbeitgebern so weit getrieben, daß wir das Land in fünf Regionen eingeteilt haben, in denen jeweils Regionalkonferenzen aus den Tarifparteien, den

Landräten, den Bürgermeistern, den Kammersystemen und ausgewählten Persönlichkeiten aus dem Bereich der Betriebsräte und der Unternehmer den Versuch unternehmen, die ganz spezifischen Bedingungen der jeweiligen Region zu analysieren und aus diesen Bedingungen geeignete Maßnahmen für die Weiterentwicklung des Arbeitsmarktes abzuleiten. Ich glaube, daß man nur so den unterschiedlichen sozio-kulturellen Bedingungen Rechnung tragen kann, die das Beschäftigungsverhalten, das Erwerbsverhalten, die Erwerbsneigung, aber auch die Neigung der Bevölkerung, Unternehmen und Unternehmer zur Verfügung zu stellen, beeinflussen. Ich bin überzeugt davon, daß nur mit dem regionalen Ansatz Regelkreissysteme entwickelt werden können, die von der Bevölkerung als Steuerungsmechanismen zur Kenntnis genommen werden. Und ich bin überzeugt davon, daß man nur auf der regionalen Ebene die Verantwortungsfähigkeit schulen und entwickeln kann, ohne die es keine Bürgergesellschaft gibt.

Wir werden in Deutschland durch die gegenwärtige Diskussion immer wieder vor die Frage gestellt: Wollen wir den europäischen oder den amerikanischen Weg gehen? Die Diskussion dieser Frage wird außerordentlich oberflächlich geführt. Es ist richtig, daß in Amerika die Quote der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung 5% höher ist als bei uns. Es ist auch richtig, daß in Amerika als Folge der nachhaltigen Kommerzialisierung auch eine immer größere Zahl von Menschen für ein Einkommen arbeitet, von dem man nicht leben kann. Es ist auch richtig, daß sich in den Vereinigten Staaten das Spannungsfeld zwischen den Einkommen der unteren und der gehobenen Einkommenschichten ständig vergrößert, während das interessanterweise in der Bundesrepublik Deutschland nicht der Fall ist. Wenn ich die Einkommenspyramide in zehn Abschnitte einteile und die zweitoberste Ebene nehme, um die Verzerrungen, die mit der relativ schmalen Spitze sonst verbunden wären, auszuschalten, und dann die niedrigste nehme, dann ist die Distanz zwischen dieser zweitobersten und der niedrigsten Ebene in den letzten Jahren geschrumpft und nicht größer geworden. In den Vereinigten Staaten ist sie – wieder indiziert – von 100 auf 140 gestiegen, in Deutschland ist sie von 100 auf 85 gesunken. Das heißt, wir haben in Deutschland eine ganz andere Struktur entwickelt, und ich bin überzeugt davon, meine Damen und Herren, daß die deutsche Bevölkerung eine Diskrepanz zwischen den oberen und den niedrigeren Einkommen nicht akzeptieren würde, daß es dafür keinen Konsens gäbe. Denn auch eine solche Differenzierung und Steigerung der Ungleichheiten muß akzeptiert werden. Und man sieht ja in Amerika zunehmende Anzeichen dafür, daß auch die amerikanische Bevölkerung Schwierigkeiten hat, und zwar immer größere Schwierigkeiten, wenn man nicht gerade

zur gehobenen Mittelschicht gehört, diese ständige Vergrößerung des Spannungsverhältnisses und damit auch der Einkommensverteilung zu ertragen.

Diese Vorstellung, daß man die amerikanischen Verhältnisse übernehmen könne, halte ich deshalb nicht für zielführend. Ich glaube nicht, daß es möglich ist. Wir müssen die Dinge also in unserem eigenen Rahmen weiterentwickeln. Und das geht nach meiner Auffassung nur mit einer Neubestimmung dessen, was wir unter Arbeit verstehen. Ich glaube, daß der Wandel von der Arbeits- zur Bürgergesellschaft unbedingt mit einem wesentlichen Wandel der sozialen Bewertung von Erwerbsarbeit im Verhältnis zu sonstiger Arbeit verbunden sein muß. Es ist nicht vorhersehbar, wie sich das entwickelt. Aber in den vorausgegangenen Vorträgen sind schon eine Reihe von Andeutungen sichtbar geworden, wie sich die Prioritäten ändern, z.B. Ausbildung und Bildung. Ein ganz wichtiges Element ist – ich habe das hier in den letzten Jahren gelernt – die kulturelle Dimension und ihre identitätsstiftende Wirkung. Der Aufbau nicht notwendigerweise im Sinne der Communitarians, aber doch im Sinne einer Revitalisierung regelkreisfähiger, überschaubarer Einheiten wie die gesellschaftliche Anerkennung von Tätigkeiten, die heute entweder gar nicht oder nur in sehr geringem Umfang anerkannt werden, gehört dazu. Der entscheidende Unterschied zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ist, daß einfache Dienstleistungen in Deutschland nicht nur kein Ansehen genießen, sondern bei dem größeren Teil der Bevölkerung eher das Gefühl auslösen, daß derjenige oder diejenige, die solche einfachen Dienstleistungen im ersten Arbeitsmarkt erbringt, eigentlich zu bedauern sei. Das hat sich im übrigen erst in den letzten 30 Jahren eingestellt. Früher war diese Einstellung nicht vorhanden, jedenfalls bei weitem nicht mit dieser Intensität. Und das Interessante ist ja, daß sie in Deutschland nur im ersten Arbeitsmarkt in Erscheinung tritt. Niemand, der sich öffentlich nie die Schuhe putzen lassen würde, hat etwas dagegen, diese Leistung in der Schattenökonomie nachzufragen. Und kaum jemanden stört es, in der Schattenökonomie Leistungen zu erbringen, die er im ersten Arbeitsmarkt für unzumutbar halten würde. Was das für Ursachen hat, zu erforschen, ist weder meine Fakultas noch wäre das jetzt hier möglich, es wäre aber eine lohnende Aufgabe, einmal den Ursachen nachzugehen, warum sich die Einstellung zu einfacher Arbeit so verändert hat, und was man daraus für Schlußfolgerungen ziehen muß. Denn die 5%-Differenz in der Erwerbstätigenquote zwischen Deutschland und Amerika hat sehr viel damit zu tun, daß in Amerika solche Leistungen im ersten Arbeitsmarkt durchaus angeboten werden, und zwar ohne daß die Beteiligten, weder der Anbieter noch der Nachfrager, ein schlechtes Gewissen oder notwendigerweise Gefühle des Zurückgesetzts haben.

Ich habe meine Ausführungen mit der Feststellung begonnen, man könne auch sagen, der Weg von der Arbeits- zur Bürgergesellschaft sei vergleichbar mit dem Weg von der Daseinsvorsorge zur verantworteten Freiheit. Ich halte dieses Begriffspaar für außerordentlich bedeutsam. Wir Deutschen sind in sehr viel stärkerem Maße in den letzten 30 Jahren Opfer oder Akzeptanten der Vorstellung geworden, daß die Daseinsvorsorge, die man dem Staat zuordnet, umfassend sein müsse. Und eine der interessanten Erkenntnisse aus vergleichbaren Umfragen in West- und Ostdeutschland für mich ist, daß die Einstellung der ostdeutschen Bevölkerung zu der Frage, was der Staat ihr schulde oder was sie vom Staat rechtmäßigerweise erwarten dürfe, im Sinne von Arbeitsplatz, Wohnen, sozialer Sicherheit und ähnlichem, von den Vorstellungen der westdeutschen Bevölkerung kaum noch abweicht. Das heißt, die Annahme, die Deutschen im Osten wären durch 45 Jahre vormundschaftlichen Staat gewissermaßen geprägt, alles vom Staat zu erwarten, ist wiederum eine gefährliche Illusion, wenn man glaubt, dadurch zwischen Ost und West nachhaltig differenzieren zu können. Beide Bevölkerungen haben sich aus ganz unterschiedlichen Gründen daran gewöhnt, alle wesentlichen Lebensleistungen von staatlichen Aktivitäten zu erwarten. Das kann man so machen, nur die Wirkung eines solchen Systems ist nicht innovativ, sondern zunehmend ressourcenverzehrend, wie wir an der Entwicklung unserer öffentlichen Haushalte und vielem anderen ablesen können.

Wenn wir den Weg zur Bürgergesellschaft wählen wollen, müssen wir deshalb zumindest zum Teil die Daseinsvorsorge durch selbstverantwortete Freiheit ablösen. Sie können auch sagen, es handle sich um eine gänzlich andersartige Form der Privatisierung als die, die wir normalerweise diskutieren. Nämlich eine Wiederüberführung in die Verantwortung Einzelner oder von Organisationsformen, aber dann auf privatrechtlicher Grundlage der Einzelnen von Verantwortung, die keineswegs notwendigerweise beim Staat sein müssen, wenn es in der Gesellschaft gerecht zugehen soll.

Ich bin überzeugt davon, daß wir zu diesem Weg keine Alternative haben. Über die Einzelheiten, über die Kompromisse, die dabei getroffen werden müssen, über den sozialen Konsens, den man sich immer wieder neu erarbeiten muß, muß diskutiert werden, ich wünsche mir dazu einen nationalen Dialog. Auch einen Streit, eine Auseinandersetzung, die aber nicht vordergründig über Annahmen von Sachverhalten geführt wird, die gestern gültig waren und überholt sind, sondern eine Diskussion, die auf einer gesicherten Daten- und Erkenntnisbasis beruht, denn dann erst wird sie fruchtbar sein. In der amerikanischen Verfassung wird als ein Menschenrecht *the pursuit of happiness* festgestellt. Wenn Deutsche diesen Satz hören, dann sind sie häufig Opfer eines

Mißverständnisses. Sie meinen nämlich *happiness* sei Gegenstand des Grundrechts. Davon kann überhaupt keine Rede sein. Der Gegenstand von Grundrecht ist die Freiheit *to pursue*, das heißt sich um diesen Zustand freiheitlich bemühen zu können. Und wenn man will, dann kann man sagen, *the pursuit of happiness* kann entweder so sein, daß man das Recht, Freiheit und Glück zu verfolgen, garantiert, das ist dann verantwortete Bürgerfreiheit, oder daß man versucht, die *happiness* im Wege der Daseinsvorsorge zu garantieren. Was dabei herauskommt, letztendlich herauskommen muß, das haben wir in der deutschen Geschichte verschiedentlich erfahren. Deshalb hoffe ich, daß wir uns dazu entschließen, jetzt einmal die Alternative auszuprobieren. – Vielen Dank.

